

Gewerbeverband Berner KMU; Schlaglichter 2014/2015

Ausblick auf 2015

Bevorstehende Abstimmungen: Keine zusätzlichen Belastungen für KMU!

Die aktuelle Wirtschaftslage und der starke Franken erfordern ein vernünftiges Handeln und folglich eine klare Absage an unvernünftige Begehren. Eine Umkämpfung des Steuersystems, wie dies die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» anstrebt, ist in der gegenwärtigen Situation ebenso fehl am Platz wie die Forderung nach neuen Steuern, wie dies die Erbschaftssteuer-Initiative oder die Billag-Mediensteuer wollen.

Sagen Sie am 8. März

- **NEIN** zur Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»
- **NEIN** zur Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»
und am 14. Juni
- **NEIN** zur Erbschaftssteuer-Initiative
- **NEIN** zur Billag-Mediensteuer

National- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

Unter www.waehl-kmu.ch finden Sie interessante Informationen zu den eidgenössischen Wahlen.

2014 – Jahr der Berufsbildung

Das Berufsbildungsgesetz des Bundes setzt sehr stark auf das duale System. Dieses Gesetz hat sich 2014 seit zehn Jahren bewährt. Zusammen mit der Wirtschaft, den Kantonen und weiteren Partnern nahm der Bund dieses Jubiläum zum Anlass, die öffentliche Aufmerksamkeit vermehrt auf das duale Berufsbildungssystem und seine Stärken zu lenken. Höhepunkt waren die SwissSkills Bern 2014, die vom 17. bis 21. September auf dem Areal von Bernexpo durchgeführt wurden und über 150'000 Besucherinnen und Besucher anlockten. Christoph Erb, Direktor des Gewerbeverbands Berner KMU amtierte als Präsident der SwissSkills Bern 2014.

Erfolge des Gewerbeverbands Berner KMU

Am 30. November 2014 hat das Schweizer Stimmvolk sowohl die Ecopop-Initiative als auch die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung bachab geschickt. Beide Vorlagen hat der Gewerbeverband Berner KMU vehement bekämpft. Die deutlichen Resultate zeigen, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer der negativen Folgen einer allzu restriktiven Zuwanderungspolitik bewusst sind und dass sie es nicht goutieren, dass linke Kreise unter dem Deckmantel «gerechte Steuern» tausende von Arbeitsplätzen vernichten wollen.

Der Gewerbeverband Berner KMU agierte aber schon am 18. Mai 2014 sehr erfolgreich: Dank unserem Engagement konnte das Berner Volk überhaupt über die günstigere Variante zur Sanierung der bernischen Pensionskassen entscheiden. In der Abstimmung haben wir uns erfolgreich für diese Variante eingesetzt, ohne den längst überfälligen Primatwechsel zu gefährden. Ebenfalls im Mai 2014 erfolgte der Beschluss zur Teilabschaffung der Handänderungssteuern, den wir auch tatkräftig unterstützt haben.

Gleichentags erfuhr die gewerkschaftliche Initiative für einen Mindestlohn eine deutliche Abfuhr und auch die Initiative zur sofortigen Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg scheiterte klar. Auch bei diesen beiden Abstimmungen engagierte sich der Gewerbeverband Berner KMU stark.

Bei den Grossratswahlen vom 30. März 2014 haben wir die Landesteilverbände stärker unterstützt als in früheren Wahlen. Ohne Erfolg blieb leider unsere Aktion zur Wiedererlangung der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat; das Ziel wurde allerdings nur knapp verpasst.

Wirtschaftsprogramm 2014 – 2018

Der Leitende Ausschuss hat im Januar beschlossen, für die Legislatur 2014 bis 2018 unter anderem in folgenden Bereichen Schwerpunkte zu setzen:

- Verkehr und Infrastruktur
- Sanierung der Kantonsfinanzen
- Bildung
- Umsetzung des Raumplanungsgesetzes mit Augenmass

Der Gewerbeverband Berner KMU ist mit 22'000 Mitgliedern der grösste Wirtschaftsverband im Kanton Bern. Sein Programm und dessen Umsetzung orientieren sich konsequent an den Interessen der grossen Mehrheit seiner Mitglieder.

KMU-Frauen auf Erfolgskurs

Mit zwei sehr gut besuchten Anlässen festigen die KMU-Frauen ihre Position als vielbeachtetes und wertvolles Netzwerk:

- Zum Thema «Work-Life-Balance» liessen sich rund 100 KMU Frauen am Frühlingsanlass darüber informieren, wie man die beruflichen und die nicht beruflichen Tätigkeiten glücklich bringend gestalten kann.
- Am Herbst-Anlass erhielten die KMU Frauen einen Einblick in die Chancen und Risiken der Social Media-Kommunikation.

Die höhere Berufsbildung muss bezahlbar werden

Der Gewerbeverband Berner KMU lehnte einen vom Regierungsrat vorgeschlagenen generellen Wechsel auf die Pauschalfinanzierung in der höheren Berufsbildung klar ab. Dank einer gut abgestützten und hartnäckig weiter verfolgten Intervention besteht nun im Gesetz weiterhin die Möglichkeit, die Angebote auf die Ausbildungsbedürfnisse im gewerblichen Bereich auszurichten.

Fällige Revision des Beschaffungsrechts

Der Gewerbeverband Berner KMU unterstützte erfolgreich eine seit langem fällige Revision des Beschaffungsrechts. Kanton und Gemeinden können damit inskünftig mehr Aufträge freihändig vergeben. Die mit der Revision beabsichtigte Anpassung der Schwellenwerte war nötig, um die Ungleichbehandlung bernischer Unternehmen zu beseitigen. Während längerer Zeit wandten die Nachbarkantone für kommunale Aufträge zum Teil wesentlich höhere Schwellenwerte an, was nun korrigiert wurde.

Raumplanung: Appell an die Vernunft

Unter dem Vorwand, das Kulturland zu schützen und die Zersiedlung zu bekämpfen, will der Regierungsrat die Eigentumsgarantie aushebeln und eine Mehrwertschöpfung von bis zu 50 Prozent einführen. Eine leere oder bisher kaum überbaute Parzelle, die ein Unternehmen für sich als langfristige Reserve frei halten möchte, soll nach Ansicht der Regierung zwangsweise zu anderen Zwecken überbaut werden können. Hinzu kämen viele neue Auflagen, Kontrollen usw. Der Gewerbeverband Berner KMU stellte sich in seiner Vernehmlassung von Ende September 2014 klar gegen diese unverhältnismässigen Eingriffe.

Unnötige und für die Wirtschaft schädliche Vorschläge werden auch im Richtplan 2030 unterbreitet. Dieser muss nach Auffassung des Gewerbeverbands Berner KMU grundlegend überarbeitet werden. Nicht akzeptiert werden die vorgeschlagene Verknappung von neuem Bauland, die von oben verordnete Siedlungsentwicklung oder die staatlich angeordnete Baulandverflüssigung.

Weiter ist der vom Regierungsrat zur Diskussion gestellte Massnahmenplan zur Luftreinhalung 2015/2030 laut Stellungnahme des Gewerbeverbands Berner KMU weder notwendig noch verhältnismässig, weshalb auf die weitere Bearbeitung zu verzichten ist. Berner KMU stellt fest, dass sich die Luftqualität im letzten Jahrzehnt im ganzen Kanton und damit auch in den früheren Belastungsgebieten markant verbessert hat. Dem technischen Fortschritt sei Dank.

Steuergesetzrevision: So nicht!

Im Zentrum der Steuergesetzrevision steht die Begrenzung des Fahrkostenabzugs auf 3'000 Franken, die der Regierungsrat im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014) zur Umsetzung vorgeschlagen hatte. Der Gewerbeverband Berner KMU wehrt sich vehement dagegen. Die Begrenzung des Fahrkostenabzugs ist willkürlich und zielt einzig auf Mehreinnahmen ab. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass kein Arbeitnehmender freiwillig möglichst lange fährt, damit er den Abzug der Fahrkosten maximieren kann.